

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stianingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weissenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreigespaltene Beizeile ober. deren Raum 30 A.

## Zentralverband der Maurer Deutschlands

Allen Verbandskollegen sowie  
allen Freunden und Genossen ent-  
bieten wir unseren

**Herzlichsten Glückwunsch**  
zum neuen Jahre.

Die Redaktion und Expedition des „Grundstein“.  
Der Verbandsvorstand.

## Zum Jahreschluss.

Mit gemischten Gefühlen blicken wir auf das abgelaufene Jahr zurück. Dem Arbeiterpolitiker gab es wenig Ursache zur Zufriedenheit, viel weniger zu Dank und Lob. Wohl aber täuschte es manche Hoffnung und rief manche Befürchtungen wach. An seinem Anfange war es noch lichter Tag im Erwerbsleben, aber bald sank die Sonne, tiefer und tiefer. Jetzt hat sich der lichte Tag geneigt und es will Abend werden. Schon dunkelt es, die Nebelmäule schwirren durch die Luft, und das Nachtgetier streicht beutelüstern um die Höfe.

In der Politik war 1907 ein Jahr, das mitzählt. Durch die von der Regierung mit Absicht herbeigeführte Auflösung des Reichstages waren Neuwahlen nötig geworden. Sie vollzogen sich unter einer völlig neuen Parteikonstellation: in der Opposition Sozialdemokratie, Zentrum und Polen, bei der Regierung Konservative, Nationalliberale und — Freisinnige. Die Regierung erreichte ihr Ziel: eine Blockmehrheit, die ihr die Fortführung ihrer kulturfeindlichen Kolonialpolitik und ihrer unheilvollen, hin- und herpendelnden Weltpolitik gestattete. Heute weiß man, was die Regierung zur Auflösung des Reichstages trieb, nämlich die Furcht vor der heranrückenden Krise. Daß das eigentliche Jahr der Erneuerung des Reichstages, 1908, im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges stehen würde, konnte sich jeder sagen, der halbwegs Bescheid weiß. Und solche Zeiten mit Arbeitslosigkeit, mit knappem Verdienst, sind einer Regierung wie der unseren besonders bei den Wahlen sehr gefährlich. Darum wurde der Konflikt mit der Reichstagsmehrheit künstlich herbeigeführt, ehe wieder die Massennot durchs Land schritt und ehe die agrarische Wirtschaftspolitik ihre ganze volksanhungernde Wirkung äußern konnte. Aber auch so konnte die Regierung nur dadurch siegen, daß sie sich der im Reichstagsverband organisierten politischen Korruption in die Arme warf. Aus dieser Paarung des Absolutismus mit einer politischen Camorra entstand der würdige Sproß: der konservativ-liberale Block.

Das wichtigste Ergebnis der Wahlen war der große Mandatsverlust der Sozialdemokratie. Daß der übrige eintreten konnte, obwohl sich die sozialdemokratischen Stimmen um eine Viertelmillion vermehrten, ist ein Beweis dafür, wie weit auch noch das Reichstagswahlrecht davon entfernt ist, ein Parlament zu gewährleisten, das ein richtiger Ausdruck des Volkswillens ist. Eine Folge dieses Wahlausfalles war der Sturz des „Ministers für Sozialpolitik“, des Grafen Potjomski. Nichts kann den neuen Kurs besser kennzeichnen als die unter so wenig gebräuchlichen Formen erfolgte Entlassung des einzigen Staatssekretärs, dem man eine gründliche Kenntnis der sozialen Zustände und auch

ein leidliches Verständnis für die Arbeiterbewegung nachrühmen konnte. Die sozialpolitischen Flöten, die während der Wahlzeit aus allen Lagern des Blocks ertönten, schweigen nun längst wieder. Der neue Herr im Reichsamt des Innern, v. Bethmann-Hollweg, liebt es zwar, gelegentlich über soziale Fragen zu dozieren, er beweist damit jedoch nur, daß er ein vielgewandter Mann ist; denn er war es, der vor zwei Jahren das preussische Wahlrecht damit verteidigte, daß es die Kräfte auslöse, „die nach oben ziehen“. Das bezieht sich auf das ostelbische Junkertum! Natürlich haben die Arbeiter bei solcher Auffassung von der Bedeutung der einzelnen Volksklassen keine sozialpolitischen Großtaten zu erwarten. Das beweist auch der Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes, und das beweisen die Aeußerungen Bethmann-Hollwegs über seine Absichten für die „Reform“ des Krankenversicherungsgesetzes. Es werden Gaben sein, die die Arbeiterschaft mit dem Speer, Spitze gegen Spitze, empfangen muß. Was dann noch an dem vollen Bilde der neureichsdeutschen Sozialpolitik fehlt, wird der zu erwartende neue Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bringen.

Die Sozialdemokratie hat sich von dem Mißerfolg bei den Wahlen nicht lange niederdrücken lassen. Wohl wurde von einigen Genossen eine teilweise recht einbringliche Selbstkritik geübt — sie war sicher darin berechtigt, daß man in einer solch großen politischen Partei nicht alle Meinungen über einen Leisten schlagen kann, daß unsere prinzipielle Geschlossenheit nicht in Splitterrichterei, Verfeinerung und dogmatische Erstarrung ansartete —, aber man hielt sich dabei nicht auf, sondern schritt mit festem Mute an die Arbeit. Die Organisationen füllten sich, neue wurden gegründet, bestehende befestigt; die energisch aufgenommene Werberarbeit für die Parteipresse brachte glänzende Erfolge: so beantworteten die „Niedergerrittenen“ jenen mitterrächtigen Spuk vor dem Kaiserlich an der Spree. In Oesterreich fanden die Wahlen zum Reichsrat zum ersten Male nach dem im heißen Kampfe errungenen allgemeinen Wahlrecht statt. Hier hatte die Sozialdemokratie einen alle Erwartungen übertreffenden Erfolg, sie eroberte 86 Mandate.

Im August tagte, zum ersten Male in Deutschland, der internationale sozialistische Arbeiterkongress in der schwäbischen Hauptstadt Stuttgart. Diese Tagung bewies, daß das Gerede der Gegner von dem Rückgang der sozialistischen Bewegung, einer merkwürdigen Selbsttäuschung entpringt. Gewaltiger als je gestaltete sich diese Rundgebung. Soviel aber der Sozialismus der Welt auch schon gegeben hat, noch harren die größten der in ihm stehenden Kulturelemente der Neuzubemachung. Mehr Sozialismus! schreien die sich immer großartiger entfaltenden Produktivkräfte, die sich in der Zwangsjacke der Individualwirtschaft winden und bäumen; mehr Sozialismus! schreien die Massen der Armen, die in der heutigen Wirtschaftsarchie zwischen Ueberarbeit und Erwerbslosigkeit hin- und hergeschleudert werden; mehr Sozialismus! schreien die Völker, denen immer schwerere Lasten für die bewaffnete Macht auf die milden Schultern gelegt werden. Mögen die Gegner jubeln über die eroberten Mandate, der Sozialismus wirbt weiter, seine Heere wachsen überall, wo Kapital Besitzlose in seinen Haam zwingt, gleichsam aus dem Boden hervor. Darum zeigte auch der sozialdemokratische Parteitag in Eisen ein Bild ruhiger Betriebsamkeit, das die Gegner geradezu verblüffte.

Auch für unsere Gewerkschaftsbewegung waren die Vorgänge in der allgemeinen wie in der Parteipolitik bedeutungsvoll. Die Stuttgarter Tagung brachte eine internationale Regelung des Verhältnisses zwischen den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften. Sie fiel so aus, wie wir erwartet und gewünscht hatten. Eine Frucht der Essener Tagung war die Förderung

der zwischen den Zentralverbänden und den Ausläufern der lokalistischen Gewerkschaftsgruppen schwebenden Einigungsverhandlungen. Unsere Kollegen sind darüber unterrichtet, wie weit die Sachen bis jetzt geblieben sind. In den letzten Tagen dieses Jahres sind die Kollegen der freien Vereinigung der Maurer zusammen, um das entscheidende Wort über die vereinbarten Einigungsbedingungen zu sprechen. Wir haben das Recht, auf einen günstigen Ausgang zu hoffen. Im Zimmerergewerbe scheinen sich plötzlich neue Hinbernisse der Einigung entgegenzustellen, bei den Metallarbeitern hat sie sich ganz zerfallen, doch ist in diesem Beruf die Sonderorganisation auch ganz anders gearbt als im Baugewerbe.

Wie die Entwicklung der Gewerkschaften im abgelaufenen Jahre war, läßt sich noch nicht sagen. Wir deuteten schon im Anfang dieses Artikels an, daß sich die Erwerbsverhältnisse im ungünstigen Sinne verändert haben. Bei der entscheidenden Bedeutung der Wirtschaftslage für die Mitgliederbewegung wird man darum damit rechnen müssen, daß sich der jähe Aufstieg, wie wir ihn in den letzten vier Jahren hatten, verlangsamt. Wohl wird in diesem Jahre noch über einen guten Mitgliederzuwachs zu quittieren sein, aber er bleibt jedenfalls beträchtlich hinter den Zunahmen der letzten Jahre zurück. Auf dem Gebiete der Arbeitskämpfe ging es im allgemeinen ruhiger zu als in den letzten Jahren. In den ersten Monaten des Jahres wurden heftige Kämpfe in der Berliner Holzindustrie und im Hamburger Hafen geführt. In beiden Fällen bildeten Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit die hauptsächlichsten Streitgegenstände; an beiden Stellen kam es zu einem Vergleich. Der Friedensschluß in der Holzindustrie war insofern von großer Bedeutung, als dabei schon der Plan eines Tarifvertrages für das ganze Reich entworfen wurde. Die zu diesem Zweck in den letzten Wochen abgehaltenen Konferenzen haben noch nicht zu festen Ergebnissen geführt. Was für uns besonders interessant dabei ist, das ist die ausgesprochene Absicht der Unternehmer, die Holzarbeiter dazu zu zwingen, die im Jahre 1908 ablaufenden Verträge ohne jede Verbesserung auf zwei Jahre weiter laufen zu lassen bis zum 12. Februar 1910 dem Ablauftermin der im Frühjahr in Berlin abgeschlossenen Verträge. Die Metallindustrie blieb von Ausperrungen schwerer Kalibers verschont; es scheint als hätten die Großindustriellen endlich eingesehen, daß auch für sie die Stunde geschlagen hat, wo die schroffe Ablehnung der Arbeiterorganisationen aufgegeben werden muß. Im Bergbau kam es in einigen schlesischen und sächsischen Revieren zu größeren Konflikten.

Die meisten Kämpfe aber wurden im Baugewerbe geführt. Fast bei allen handelte es sich um die Arbeitszeit. Im allgemeinen war die Lohnbewegung jedoch auch im Baugewerbe nicht so umfangreich, als in den vorhergehenden Jahren. Der Rückgang der Bauaktivität zwang die Kollegen in manchen Orten, von Verträge zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzusehen. Das war geboten durch die Absichten der Unternehmer. Sie sind ja zu bekann, als daß wir in diesem Zusammenhange noch einmal zu schilber brauchen; was davon noch verborgen war, das ist durch das von uns veröffentlichte Protokoll der geheimen Generalversammlung des Arbeitgeberbundes ans Tageslicht gezogen.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands ist gerüstet. Unsere Organisation war sich läng darüber klar, wohin nach Meinung der Unternehmer die Reise gehen sollte. Mit weiser Voraussicht wurde die Gegenmaßregeln getroffen. Der in der ersten Aprilwoche in Köln a. Rh. tagende Verbandstag ge dem Vorland und dem Ausschuss des Verbandes d. Vollmacht, in außergewöhnlichen Fällen besonde





nach tief unter die Nationalliberalen, die zugeben müssen, daß gerade in Mitleid auf die Interessen der Arbeiter einige Reformen in freibühler Richtung nötig sind.

Wie wär's, wenn der Bund vorläge, daß das Gesetz für den gelben Gewerkschaften Vereins- und Versammlungsfreiheit gewähren, allen anderen, der als „terroristisch“ verbieten soll?

Eine christliche Arbeiterorganisation in christlicher Beleuchtung. Wie dem „Vorwärts“ aus dem Ruhrgebiet berichtet wird, beschäftigt sich der Kampf zwischen dem Vorstande des christlichen Bergarbeiter-Gewerkschafts und dem Zentrumsabgeordneten Bruff, der zehn Jahre Vorsitzender des Vereins war, immer mehr.

Der Streit ist nun zum offenen Ausbruch gekommen. Bruff bedient sich für seine Zwecke der „Ruerschen Ztg.“ (Zentrumsorgan). Eine Gewerkschaftsbesprechung für den Verbreitungsbezirk dieser Zeitung hat beschlossen, Bruff fast zu stellen. Er schädige als Gesellschafter mehr die Arbeiter, als ein Werbeführer.

Ueber die moralische, und intellektuelle Qualität der Gewerkschaftsführer urteilt Bruff in der denkbar wegwerfendsten Weise. Er wirft ihnen Unfähigkeit, Großmännlichkeit, Paschawirrigkeit, Verleumdungslust, Betrug der Öffentlichkeit vor.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß in der christlich-nationalen Presse nach dem Streik 1905 den Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, sie hätten 20 000 Streikgelder nach Ausland geschickt, während die Vergleite Not litten.

Die interessanteste Mitteilung Bruffs betrifft die Mitgliederzahlen des Gewerkschaftsvereins. Der Gewerkschaftsverein habe jetzt bei 70 000 Mitgliedern an 40 Beamten. Auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin wurden 80 000 Mitglieder angegeben.

Die interessanteste Mitteilung Bruffs betrifft die Mitgliederzahlen des Gewerkschaftsvereins. Der Gewerkschaftsverein habe jetzt bei 70 000 Mitgliedern an 40 Beamten. Auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin wurden 80 000 Mitglieder angegeben.

Demgegenüber ist zu beachten, daß der von Bruff als die „Augeburt der Hölle“ beschimpfte „sozialdemokratische Verband“ gute Fortschritte macht. In den letzten beiden Geschäftsjahren hatte der „sozialdemokratische Verband“ 2 777 000 Einnahmen an Mitgliederbeiträgen.

Die ausländischen Arbeiter sollen gezähmt werden. Im preussischen Abgeordnetenhause gelangten am 19. Dezember folgende zwei Interpellationen zur Verhandlung:

1. Abg. Becker (Zk.) und Genossen: Beschließt die Staatsregierung durch schlenmige gesetzgeberische und im Verwaltungswege zu treffende Maßnahmen das Ueberhandnehmen des Kontraktbruchs aus-

ländischer landwirtschaftlicher Arbeiter zu verhindern?

2. Abg. v. Pappenheim (K.) und Genossen: a) Welche Anordnungen geben die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Kontraktbrüchen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Die Begründer der Interpellationen leiteten sich die üblichen Seh- und Schärfsinn an. Abg. v. Pappenheim führte aus: „Wenigstens im Osten findet ein sehr starkes Zusammenfließen ausländischer Arbeiter statt, und dadurch wird eine außerordentlich große Unfähigkeit hervorgerufen.“

Abg. Dr. v. Wöhrner sagte: „Mit der gesteigerten Lebenshaltung und der fortgeschrittenen Schulbildung werden die Arbeiter immer mehr der Landwirtschaft entfremdet, und auch die philantropischen Bestrebungen bringen uns die Arbeiter nicht auf den Mist zurück.“

Der Landwirtschaftsminister v. Arnim antwortete: „Die Industriearbeiter unterliegen der Gewerbeordnung, und gegen sie Maßnahmen zu treffen, wäre Sache des Reiches.“

Eine große Zahl „gemeinnütziger Arbeitsnachweise“ hat sich der Regierung hierzu zur Verfügung gestellt und mit ihrer Hilfe sind Legitimationsämter an der schlesischen und einem Teil der russischen Grenze errichtet worden.

Der freiwirtschaftliche Abgeordnete Goldschmidt und der Zentrumsabgeordnete Herold traten für Gewährung des Koalitionsrechts an die ausländischen Arbeiter ein.

„Von Rechts wegen“. Bei Gott ist kein Ding unmöglich und im „Rechtshaus“ Preußen auch nicht. Das amtliche Stellen, Polizei und Justiz arg Gesetzeskenntnis betunden, Gesetze falsch auslegen und anwenden und so „von Rechts wegen“ schweres Unrecht tun, ist nicht Seltenes.

„Wo bei fünf Personen, die als „Mitschuldige oder amlich mit der Sache befaßt waren“, so folicht Regierungsrat Dittmann seine Betrachtung, „hatte die Gesetzeskenntnis verjagt.“

und erst der Seife, der lieblich anerbienlich aus freien Stücken sich des Mannes annahm, verhalf ihm zu seinem Rechte, indem er auf die ganz zweifelsfreie Rechtslage hinwies.

Der Unternehmer, der den armen Arbeiter wegen „Veteils“ benutzte, ist ein dreimal verächtlicher Wicht. Und die Herren Amtsanwalt und Amtsrichter haben eine solch grandiose Unfähigkeit, Recht zu sprechen, bewiesen, daß ihre vorgelegte Behörde ihnen den Laufpaß geben sollte im Interesse der Rechtsicherheit der Staatsbürger.

Die Harmonie der Christlich-Nationalen. Auf dem sogenannten Deutschen Arbeiterkongress, der im September d. J. unter demokratischen Gunstbegünstigungen der Regierung in Berlin stattfand, war auch der Verband mittlerer bergischer Staatsunterbeamten mit 14 000 Mitgliedern vertreten.

Wie der Arbeitersekretär Fischer, der in Berlin den württembergischen Verband der evangelischen Arbeitervereine vertrat, hat es nun auch der Delegierte des Saarberandes mit den ultramontan-kontrabandantifemischen Machern der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verborben.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fornerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

- Hansastädte: Spadental (Sperrre über Neben), Ochsenwärdler (Sperrre über A. Blecken); Schellinghausen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperrre über Callosen), Wadel (Sperrre über Hattje), Husum (Sperrre über Petersen), Itzehoe (Sperrre über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf);

Mecklenburg: Güstrow (Sperrre über Thielke);

Brandenburg: Mittenwalde (Sperrre über Rehfeld, Kreiskrankenhause), Jüterbog (Sperrre über die Bauten von G. Wäsch-Jüterbog, Niendorf aus Maltershausen und Wwe. Räger aus Treuenbrietzen im „alten Lager“);

Pommern: Pyritz (Sperrre über Friedrich Berg), Sydowaus (Sperrre über W. Berg in Podojuch), Köslin (Sperrre über Schlittner), Neustettin (Sperrre über Duske);

Ost- und Westpreussen: Konitz (Sperrre über Brozowski in Czerok);

Posen — Schlessien: Muskau (Sperrre über Stülpnagel), Waldenburg (Sperrre über Tasler in Neu-Salzbrunn);

Königric Sachsen: Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L-Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L-Möckern K. Edlich, Führerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Potschappel (Sperrre über das Bangeschäft von Heger), Döhlen (Sperrre über die Bauten der Gusstahlfabrik);

Provinz Sachsen und Anhalt: Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Halle a. d. S. (Sperrre über den Fabrikneubau von Priegler & Söhne);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe: Celle, Rorderney (Aussperrung);

Hessen und Waldeck: Glissen (Sperrre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperrre über Peter);

Bayern: Solb (Sperrre über Jäger & Werner), Diessen (Streik);

Fliesenleger: Duisburg (Sperrre über die Zwischenmeister Krüsken und Gehr. Bönnig), Barmen-Rittershaus (Sperrre über Rumenhülle), Elberfeld (Sperrre über Bross & Hammelsberg);

Oesterreich: Marienbad i. Böhmen (Aussperrung).





Berammlung kam zur Sprache, daß der Kollege Frick ...

Offenbach a. M. Am 17. Dezember tagte im Gewerkschaftshaus unsere monatliche Mitgliederberausammlung ...

Rotterdam. Die letzte Maurerberausammlung (wann?) ...

Stargard. Vom Vorstand des Hauses Stettin wird ...

nisse und empfahl den beteiligten Kollegen, ein zweitesmal ...

Wuzen. Am 16. Dezember tagte im 'Schützenhaus' ...

Internationales Scharfmachertum.

Die Unternehmerpresse aller Schattierungen macht ...

Dieser Unternehmerverband wurde im Jahre 1904 gegründet ...

... In dem Kontrakt wurde gesagt sein, daß der Arbeiter, wenn ...

Macht, ihre ganze Traktion, ihre Arme — und auf der ...

Offenbar hat Herr Generalsekretär Willemin die deutschen ...

Wir haben schon mehrfach über den ersten Aufschwung ...

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 15. bis 21. Dezember sind folgende ...

Zulassne ertheilten: Kiel M. 600, Friedrichsberg 600, ...

Den drückenden Verwaltungsaufgaben sowie allen Mitgliedern ...

Altona, den 21. Dezember 1907.

Der Vorstand.

S. A.: R. Reif, Hauptkassierer.

Dem Bau.

Anfälle, Arbeiterquä, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfallen, Baueinstürzen, ...

Geibronn. Am 14. Dezember stürzte der Kollege ...

Kiel. Am 20. Dezember, Mittags 12 Uhr, stürzten ...

— Schmidt a. d. O. Am 16. Dezember ist der Kollege ...

